

Umfrage: Kommunale Ebene wichtigster Identifikationsanker

Zusammenschluss von einzelnen Bundesländern für viele denkbar

Jeder vierte Bürger in Deutschland hält die Bundesländer für überflüssig und glaubt, dass sich Bund und Europäische Union mit den wichtigeren Fragen befassen. Zudem spricht sich die Mehrheit der Bürger in acht von 16 Bundesländern für eine Fusion mit einem Nachbarland aus. Dieser Trend ist besonders in den Bundesländern im Norden Deutschlands zu beobachten: Während sich beispielsweise in Berlin (61 Prozent), Hamburg (57 Prozent) und Schleswig-Holstein (57 Prozent) die Bürger mehrheitlich für einen Zusammenschluss mit einem anderen Bundesland aussprechen, sind es in Baden-Württemberg (33 Prozent), Bayern (34 Prozent) und Hessen (38 Prozent) nur wenige. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts infas im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

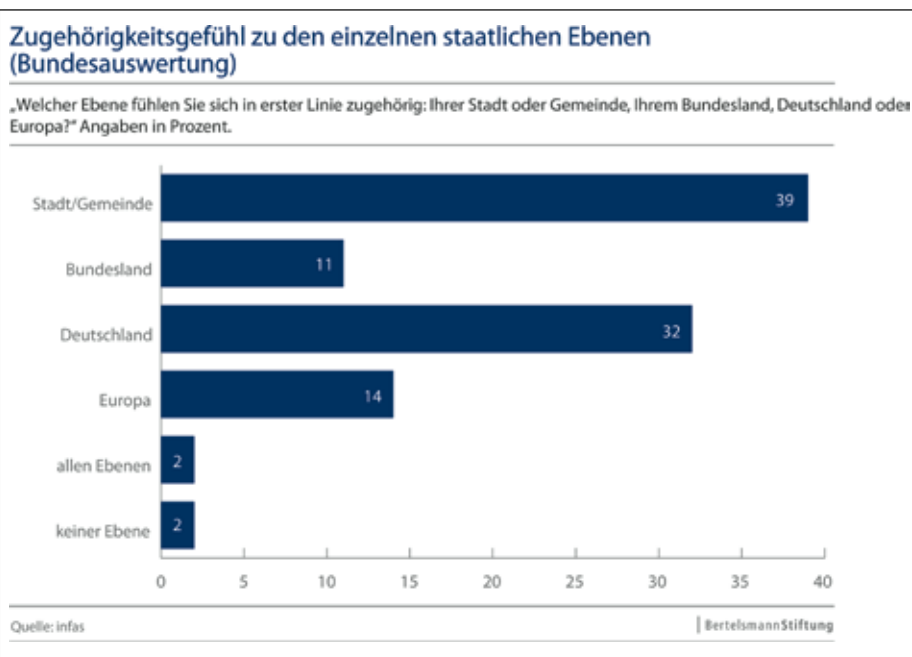
Demnach ist nicht das Bundesland, sondern die kommunale Ebene der wichtigste Identifikationsanker der Bürger. Während sich 39 Prozent der Bürger in erster Linie ihrer Stadt und Gemeinde zugehörig fühlen, identifizieren sich 32 Prozent mit Deutschland, 14 Prozent mit der EU aber nur elf Prozent mit ihrem Bundesland. Die stärkste Identifikation der Bürger mit ihrem Bundesland findet sich in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hingegen kann jeder vierte Befragte keine besonderen Merkmale nennen, die er seinem Bundesland zuschreiben würde.

Die Umfrage zeigt außerdem, dass die deutschen Bürger Wettbewerb unter den Bundesländern ablehnen. Deutschlandweit zieht eine große Mehrheit der Befragten die

Solidarität zwischen den Ländern dem Wettbewerb vor.

In Sachsen-Anhalt ist die Zustimmung mit 96 Prozent am größten, in Bayern mit 83 Prozent am niedrigsten. Die Solidarität unter den Bundesländern wird auch in allen Geberländern des Länderfinanzausgleichs klar befürwortet. Bundesweit sprechen sich drei von vier Bürgern für die Beibehaltung des Länderfinanzausgleichs aus.

Der Wunsch nach bundesweit vergleichbaren Lebensverhältnissen hingegen findet sich besonders stark in den ostdeutschen Bundesländern. 46 bis 59 Prozent der Bürger wünschen sich dort gleichwertige Lebensverhältnisse. Im Westen sind es 30 bis 42 Prozent. Einheitliche Bildungsstandards und Steuersätze werden mit großer Mehrheit von den Bürgern in allen Bundesländern gefordert. 91 Prozent der Bürger wollen bundesweit vergleichbare Standards in Kindergärten, Schulen und Universitäten. Eine besonders hohe Zustimmung finden diese Aussagen in den ostdeutschen Bundesländern (96 Prozent). Eine geringere Zustimmung gibt es bei den Bürgern in Bayern (88 Prozent), Berlin (88 Prozent) und Baden-Württemberg (89 Prozent).



Rückfragen an: Ole Wintermann,
Telefon: 0 52 41 / 81-81 232
E-Mail: ole.wintermann@bertelsmann.de